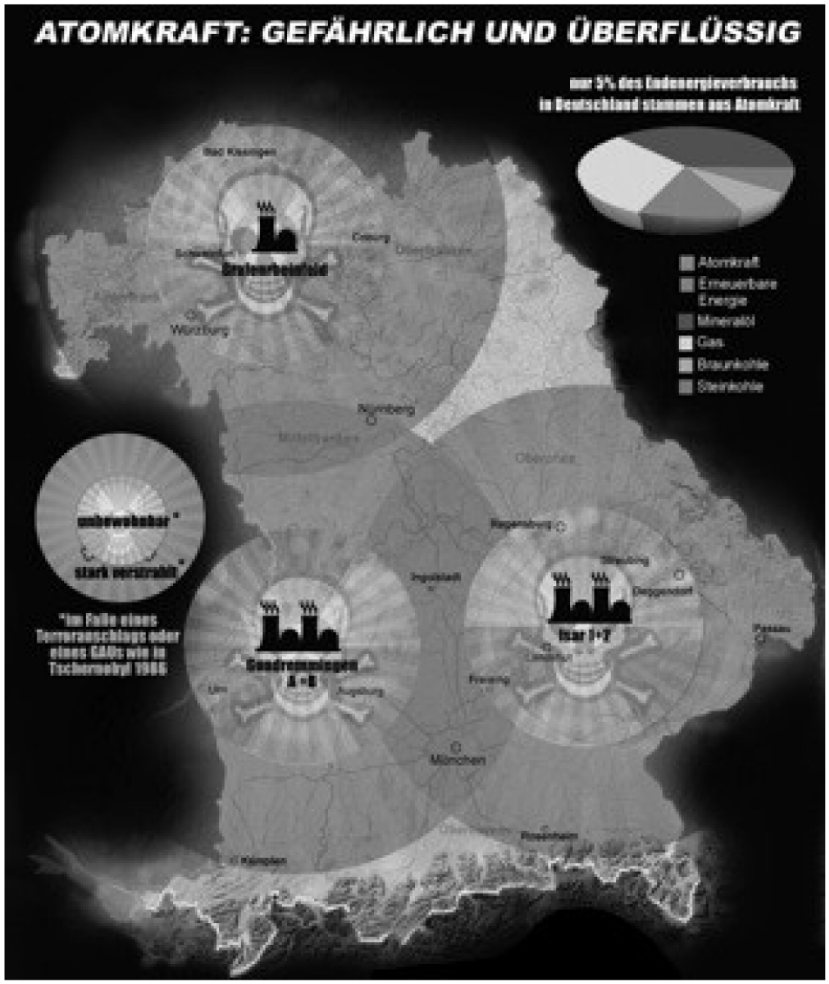
Kreisrundbrief Mai/Juni 2010



Atomkraft: Gefährlich und überflüssig!

Kreisverband München-Land

info@gruene-ml.de
www.gruene-ml.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

INHALTSVERZEICHNIS

Einladung zur Kreisversammlung am 5. Mai 2010	Seite 4
Einladung zur Kreisversammlung am 9. Juni 2010	Seite 4
Newslsetter der Grünen im Bayerischen Landtag	Seite 4
Bericht vom Mandatsträgertreffen im Landratsamt am 27. Februar 2010	Seite 5
Google Street View - Zwischen Eitelkeit und Sicherheit	Seite 7
Facebook: Fluch oder Segen oder was?	Seite 9
Schufa-Auskunft für Jedefrau und Jedermann	Seite 13
Volksbegehren Nichtraucherschutz - Wie geht es weiter?	Seite 14
Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes 2009/2010	Seite 15
Protokoll der Kreisversammlung vom 03.02.2010	Seite18
Protokoll der Kreisversammlung vom 03.03.2010	Seite 26
Terminübersicht	Seite 33
Kontaktadressen	Seite 35

Liebe Freundinnen und Freunde,

in Kürze wird darüber entschieden, ob die Pannenreaktoren Krümmel und Brunsbüttel vor der Haustür Hamburgs wieder ans Netz gehen - oder für immer abgeschaltet bleiben. Die Bundesregierung will Atomkraftwerke mit bis zu 60 Jahre Gesamtlaufzeit laufen lassen.

Wir Grüne halten das für falsch, weil

...es bis heute weltweit kein sicheres Endlager für hochradioaktiven Müll aus Atomkraftwerken gibt,

...eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken Investitionen und Forschung bei den Erneuerbaren Energien verhindert,

...die reichhaltigen und gut zugänglichen Uranvorräte schon in wenigen Jahrzehnten zur Neige gehen werden,

...ein Atomkraftwerk umso unsicherer wird, je länger es in Betrieb ist,

...von den längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke nur die Energiekonzerne profitieren, nicht die VerbraucherInnen.

Deshalb wollen wir raus aus der gefährlichen Atomkraft! Atomkraft ist eine unberechenbare Risikotechnologie. Daher ist der Ausstieg gestern wie heute richtig. Die von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2001 mit der Atomwirtschaft vereinbarte Restlaufzeit für Atomkraftwerke darf nicht verlängert werden. Wir wollen stattdessen die alten, besonders unsicheren Atomkraftwerke früher vom Netz zu nehmen. Und wir wollen einen Neuanfang bei der Endlagersuche mit einem ergebnisoffenen und transparenten Suchverfahren.

Unser Einsatz für eine atomkraftfreie Zukunft ist nötiger denn je!

Mit hoffnungsvollen Grüßen

Luitgart Dittmann-Chylla, Markus Büchler, Volker Leib, Peter Triebswetter, Robert Gerb, Wolfgang Schmidhuber, Ute Hirschfeld, Charlotte Quest, Frauke Buchholz, Antje Wagner

EINLADUNG ZUR KREISVERSAMMLUNG, 5. MAI 2010

1. Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes, Kassenbericht, Entlastung und Neuwahl des KV-Vorstands
2. Wahl von zwei RechnungsprüferInnen
3. Bericht aus den Ortsverbänden, Gemeinderäten, dem Kreistag, Landtag und dem Parteirat
4. Sonstiges

im Zimmer 145 der Grünen Stadtratsfraktion, Rathaus München, Marienplatz, Beginn 20 Uhr

EINLADUNG ZUR KREISVERSAMMLUNG, 9. JUNI 2010

1. Milliardengrab Bayerische Landesbank,
   Referent: Eike Hallitzky, MdL
2. Bericht aus den Ortsverbänden, Gemeinderäten, dem Kreistag, Landtag und dem Parteirat
3. Sonstiges

im Zimmer 145 der Grünen Stadtratsfraktion, Rathaus München, Marienplatz, Beginn 20 Uhr

NEWSLETTER DER GRÜNEN IM LANDTAG

Newsletter 'Grüne Woche'
Der grüne Newsletter aus dem Bayerischen Landtag

Der schnelle Weg, um ständig informiert zu sein!
Dieser kostenlose Service liefert die gewünschten Informationen per E-Mail direkt auf den Computer.

Der Newsletter "Grüne Woche im Bayerischen Landtag" erscheint freitags in den Sitzungswochen des Bayerischen Landtags. Er informiert schnell und aktuell über die parlamentarische Arbeit der grünen Landtagsfraktion.

Hier kann man ihn bestellen und alle bisherigen Ausgaben online lesen:
www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/default/rubrik/17/17185.newsletter_gruene_woche.html

BERICHT VOM MANDATSTRÄGERTREFFEN 27.02.10

Mandatsträgertreffen im Landratsamt

Das Mandatsträgertreffen im Landratsamt Ende Februar war erfolgreich. Fast alle Ortsverbände waren mit einem oder mehreren Gemeinderäten oder Aktiven Mitglieder vertreten. Auf der Tagesordnung stand zum einen eine Aussprache zu Stand und Perspektive der Energievision im Landkreis. Neben einer allgemeinen Aussprache wurden auf dem Treffen Positivbeispiele und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen und Grüne vor Ort gesammelt. Ein ausführliches Protokoll, das viele nachahmenswerte Beispiele und Anregungen enthält, ist bei Markus erhältlich info@gruene-ml.de

Ein Sachstandsbericht der Kreistagsfraktion zur Sanierung der weiterführenden Schulen im Landkreis zeigte, dass einige der weiterführenden Schulen im Landkreis München sind in einem erbärmlichen baulichen Zustand sind. In die Realschule Unterschleißheim regnet es seit vielen Jahren hinein, im Gymnasium Kirchheim mussten die Fenster fest verschraubt werden, nachdem ein Fensterflügel aus den Angeln herausgefallen ist. Dies sind nur zwei Beispiele. Bis zu 5 Schulgebäude müssen abgerissen und neu gebaut werden!

Grund für die miserablen Zustände ist nicht nur Schlamperei beim Bau der meist rund 30 Jahre alten Gebäude. Hauptursache ist die unterlassene Instandhaltung in den letzten Jahrzehnten. Zuständig sind die Zweckverbände bestehend aus dem Landkreis und den betroffenen Gemeinden. Wenngleich es Zweckverbände gibt, die sich vorbildlich um ihre Schulegebäude kümmern, gibt es leider auch Zweckverbände, die die Schulgebäude sträflich vernachlässigt haben.

Für uns Grüne ist die Kontrolle bzw. die Mitwirkung in

Schulzweckverbänden oft schwierig. In vielen Zweckverbänden haben wir keine eigenen Vertreter. Außerdem werden Sitzungsunterlagen in der Regel als Tischvorlagen präsentiert, sodass den Zweckverbandsvertretern keine ordungsgemäße Vorbereitung möglich ist. Die Zweckverbandsvertreter, insbes. die Bürgermeister sind nicht weisungsgebunden sondern handeln nach Gutdünken. Ferner besteht das Problem, dass die Gemeinden und der Landkreis oft über die Finanzierung streiten. So werden an manchen Gebäuden Fenster nicht saniert, weil der Landkreis dies als kleinen Bauunterhalt betrachtet, für den die Gemeinden alleine zuständig sind und die Gemeinden dies als Generalsanierung betrachten, für die der Landkreis kofinanzieren muss. Dass die Gemeinden das Geld schlussendlich über die Kreisumlage ohnehin komplett bezahlen, ficht die Streithähne nicht an.

Es stellt sich die Frage, ob eine Zentralverwaltung durch das Landratsamt nicht effektiver wäre. Die Schulzweckverbände müssten dadurch ausgelöst werden. Schade ist das nur bei den Fällen, wo der Zweckverband gut funktioniert.

Um die Situation präziser einschätzen zu können, wird die Kreistagsfraktion in den nächsten Wochen eine genaue Bestandsaufnahme der einzelnen Zweckverbandsschulen durchführen und dann über das weitere Vorgehen mit den Grünen vor Ort beraten.

Markus Büchler referierte zum Thema PPP (Public Private Partnership) – Neue Geldquelle oder finanzpolitischer Sündenfall? PPP (oft auch mit ÖPP für öffentlich-private Partnerschaft abgekürzt) bedeutet folgendes: die öffentliche Hand erbringt eine Leistung nicht selber sondern lässt sie einen privaten Dienstleister (Investor) erbringen und bezahlt danach i.d.R. über Jahrzehnte für die Nutzung der Leistung. Konkretes Beispiel: eine

Gemeinde baut ein Schulhaus nicht in Eigenregie sondern lässt einen Privatinvestor bauen. Danach mietet sie das Gebäude für z.B. 40 Jahre. Im PPP-Vertrag sind Beschaffenheit des Gebäudes, Miethöhe und Instandhaltungsverpflichtungen geregelt.

In der Diskussion wurde gesagt, dass man PPP nicht verdammen dürfe, sondern durchaus auch sinnvolle Anwendungsfälle denkbar sind. Allerdings sind die PPP-Verträge sehr kompliziert und es kommt auf die Details der Ausgestaltung des Vertrages an. Energiesparcontracting als Sonderfall von PPP kann durchaus sinnvoll für alle Beteiligten sein. Einigkeit bestand darin, dass PPP keinesfalls eine neue Geldquelle für Kommunen ist. Wer sich eine konventionelle Finanzierung nicht leisten kann, sollte von PPP ohnehin die Finger lassen!

Vor- und Nachteile können hier gelesen werden:

Kurzinfo: http://www.toni-hofreiter.de/ppp.php oder http://www.toni-hofreiter.de/faltblaetter/PPP.pdf

Hintergrundinfo: http://www.toni-hofreiter.de/ansicht.php?veranst_id=182

THEMEN

Google Street View -

Mein Haus, mein Auto, meine Yacht.... Dank dem Dienst Google Street View kann jeder demnächst jedes Haus im Internet besichtigen. Und in jede beliebige Stadt auf Entdeckungsreise gehen ohne auch nur einen Fuß vor die Tür zu setzen.

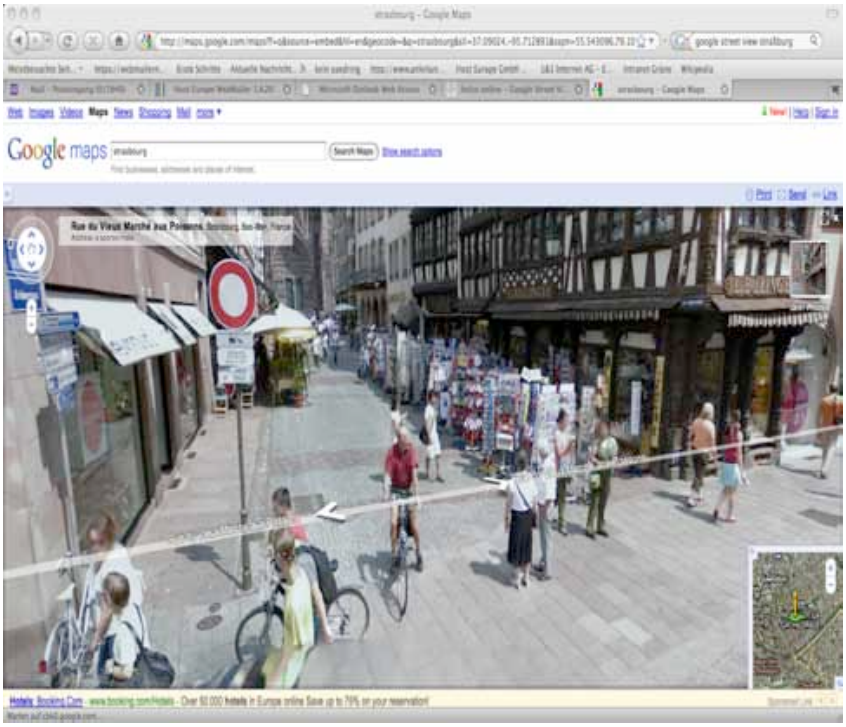
Also eigentlich ein ganz toller Service, den Google mit seinem neuesten Tool anbietet, oder? Seit längerem bekannt ist die Ansicht „Bird eye view“, also das Betrachten der Städte von oben, wie aus einem Flugzeug. Schon diese Bilder

sind gestochen scharf und erlauben Einzelheiten, wie zum Beispiel einen gedeckten Tisch auf der Terrasse oder die zum Lüften hinausgehängten Oberbetten zu erkennen.

Street View geht noch einen Schritt weiter. Virtuell kann man durch die Straßen wandern und aus ca. 2,50 m Höhe in fast jedes Fenster blicken. Für öffentliche Einrichtungen und private Betroffene können sich daraus durchaus problematische Folgen ergeben. Das Bildmaterial könnte für eine Vielzahl Dritter für die unterschiedlichsten Interessen genutzt und z.B. Sicherheitsvorkehrungen vorab erkundet werden. So können Kriminelle oder Attentäter, ohne vor Ort in Erscheinung zu treten, unbehelligt die Informationen zur Vorbereitung von Straftaten nutzen.

Die genaue Einsicht auf Schulen, Kindergärten oder andere sensible Einrichtungen ist daher höchst problematisch. Städte und Gemeinden sollten daher mit guten Beispiel voran gehen und der Nutzung von Bildaufnahmen ihrer Objekte und Liegenschaften bei Google Inc. widersprechen. Auch eine Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Möglichkeiten zum Widerspruch sollte für die Gemeinden eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Ein entsprechender Antrag ist bereits in Grünwald positiv durch den Gemeinderat entschieden worden. Der genaue Wortlaut ist bei Antje Wagner (gf@gruene-muenchen.de) erhältlich.



Ein virtueller Stadtrundgang durch Straßburg ist schon heute möglich.

Fluch oder Segen oder was? - Zur Debatte um Facebook

Im Internet geht alles schneller. Vor wenigen Monaten noch strömte alles was bei den Grünen Rang und Namen hat zu Facebook, heute mehren sich plötzlich die kritischen Stimmen und sogar die CSU-Ministerin Aigner droht damit, ihre Mitgliedschaft zu kündigen, wenn Facebook seine Datenschutzregeln nicht verbessert. Was hat es mit all dem auf sich?

Facebook ist die derzeit erfolgreichste von zahlreichen Internet-Community-Plattformen, die im Prinzip alle ähnlich funktionieren: Man meldet sich an und erstellt ein persönliches „Profil“ aus Bildern und Informationen, mit denen man sich selbst im Rahmen dieser Plattform darstellen will. Im Laufe der Zeit verbindet man sich mit einer wachsenden Anzahl von ebenfalls teilnehmenden „Freunden“, mit denen man kommuniziert. Diese Kommunikation besteht primär darin, dass man in kurzen „Statusmitteilungen“ berichtet, womit man sich gerade beschäftigt. Andere TeilnehmerInnen haben die Möglichkeit, diese Mitteilungen für alle sichtbar zu kommentieren und so entsteht ein reger Austausch über beliebige Themen. Oft berichten die Leute einfach, was sie gerade tun oder wen sie getroffen haben. Durch Links kann man sich gegenseitig auf Informationen, Musikclips, Zeitungsberichte und beliebige andere Internetinhalte aufmerksam machen. Bei den Grünen geht es meist um politische Aktualitäten, Debatten und Aktionen. TeilnehmerInnen können beliebige Gruppen gründen, um sich über gemeinsame Interessen auszutauschen. Besonders beliebt sind auch Online-Spiele, an denen man sich im Rahmen der Facebook-Plattform beteiligen kann. Wer eine andere Person auf einem bei Facebook veröffentlichten Bild entdeckt, kann diese Person auf dem Bild markieren und den Namen dazuschreiben.

Neben der für alle sichtbaren Kommunikation per „Statusmitteilung“ gibt es noch die Möglichkeit, auf der Plattform ähnlich wie bei E-Mail persönliche Nachrichten mit einzelnen Teilnehmern auszutauschen oder mit Freunden, die zur gleichen Zeit online sind, per Chat schriftlich eine individuelle

Unterhaltung zu führen.

Wer sensibel für Datenschutzbelange ist, bei dem/der werden nach dieser kurzen Beschreibung natürlich einige Alarmglocken klingen. Aber man sollte bedenken, dass die Teilnahme absolut freiwillig ist. Wer an einer solchen Community teilnimmt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er/sie sich dabei prinzipiell in einem öffentlichen Raum bewegt und damit in einem gewissen Maße auf Privatheit und Datenschutz verzichtet. Alles andere wäre naiv. Naiv ist übrigens auch der von manchen „Experten“ erteilte Rat, sich durch ein Pseudonym oder falsche Angaben zur Person zu schützen. Wer es wirklich darauf anlegt, dem wird es im Internet fast immer gelingen, genügend frei zugängliche Informationen zusammenzutragen, um eine solche vermeintliche Tarnung zu lüften. Durchaus angebracht ist es hingegen, sich nicht einfach blind in eine solche Community zu stürzen, sondern sich gut zu informieren, welche Angaben unweigerlich veröffentlicht werden und welche Möglichkeiten es gibt, die Preisgabe weiterer persönlicher Daten einzuschränken.

Uneingeschränkt für alle TeilnehmerInnen von Facebook sichtbar sind der Name, das eigene Profilfoto und die Liste aller Personen, mit denen man via Facebook „befreundet“ ist. Für alle anderen Angaben und für die eigenen „Statusmitteilungen“ kann man in der Konfiguration des Profils Beschränkungen setzen, indem man bestimmt, ob die Informationen für alle TeilnehmerInnen, nur für Freunde und deren Freunde oder nur für unmittelbare Freunde zugänglich sind. Auf Facebook finden sich diese Einstellmöglichkeiten rechts oben bei „Konto“, „Privatsphäre-Einstellungen“.

Ein Bereich, in dem viele TeilnehmerInnen zu blauäugig mit dem Schutz ihrer Privatsphäre umgehen, sind die sogenannten „Anwendungen“. Dabei handelt es sich um Module, die auch von Fremdanbietern zur Verfügung gestellt werden können und denen Facebook, wenn man eine solche Anwendung benutzt, weitreichenden Zugriff auf die persönlichen Profilinformationen erlaubt, wenn man dies nicht ebenfalls in den „Privatsphäre-Einstellungen“ beschränkt. Es gibt inzwischen zahllose solche Anwendungen. Die beliebtesten sind Spiele, allen voran „Mafia Wars“ und „Farmville“.

Traditionell ist Facebook, wie auch andere Community-Plattformen, sehr offenherzig, denn das Prinzip ist, möglichst viel Kommunikation zu schaffen. Die Firma tut das nicht aus sozialem Engagement, sondern um damit Geld zu verdienen. Nicht durch Nutzungsentgelte, sondern mit den Daten der Nutzer, die diese beim Besuch der Plattform hinterlassen. Weil diese Daten Informationen über persönliche Vorlieben und das soziale Umfeld beinhalten, sind sie kommerziell besonders wertvoll, im einfachsten Fall dadurch, dass am rechten Rand der Seite personalisierte Werbung erscheint, die speziell auf die vermeintlichen Interessen des Teilnehmers zugeschnitten ist. Die jüngste Debatte um Facebook entzündet sich an dessen Vorhaben, bestimmte Nutzerdaten auch ausgewählten Partnerfirmen zur Verfügung zu stellen. Man soll zwar auch dies in der Konfiguration abstellen können, aber Datenschützer kritisieren, dass Facebook diesen Fremdzugriff standardmäßig erlaubt und sich der Nutzer selbst darum kümmern muss, ihn wieder zu unterbinden.

Die Diskussion um dieses Thema wird sehr leicht grundsätzlich und moralisch und lässt dabei oft Wesentliches außer Acht: Nur sechs Jahre nach der Gründung im studentischen Umfeld von Harvard hat Facebook gegenwärtig 400 Millionen Nutzer. Es besteht also ganz offenbar ein Bedarf an einer solchen Dienstleistung. Die Menschen weltweit wünschen diese Art von Kommunikation. Die Kosten für den technischen Aufwand, diese Plattform zur Verfügung zu stellen, beträgt jährlich hunderte von Millionen US-Dollar. Das Geld muss irgendwoher kommen, und wenn nicht aus Nutzungsentgelten, dann eben aus der Verwertung der dabei anfallenden Nutzerdaten für Werbung. Wer den Bedarf an solchen Diensten zur weltweiten Vernetzung anerkennt und das kommerzielle Geschäftsmodell ablehnt, muss sich auf die Frage einlassen, wie eine solche Plattform stattdessen nichtkommerziell betrieben werden könnte und wie sich dann guter Datenschutz gewährleisten ließe. Sollen die Staaten solche Aufgaben übernehmen, Nicht-Regierungs-Organisationen, Stiftungen, tausende Freiwillige? Wir stehen auch hier vor der Situation, dass sich die technischen Möglichkeiten in einem Tempo entwickeln, das der Fortschreibung von Regeln zum gesellschaftlichen Umgang mit den Neuerungen ständig fast uneinholbar vorauseilt. Die Reaktion darauf darf weder naiver Fortschrittsglaube sein, noch rückwärtsgewandte Ablehnung

des Neuen, sondern wir stehen vor der Aufgabe, unsere politischen Normen und unser persönliches Verhalten den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Über die politischen Aspekte zu diskutieren, ist ein fortlaufender Prozess. Am 10. April 2010 wurde in München ein Landesarbeitskreis Medien und Netzpolitik der Grünen gegründet, der sich schwerpunktmäßig auch der neuen Medien und Kommunikationsformen annehmen wird. Es ist zu wünschen, dass wir diese Debatte nicht nur im kleinen Kreis eines LAK, sondern wirklich in der ganzen Breite der Partei führen können. Nicht überall bei den Grünen herrscht wirklich schon das volle Bewusstsein dafür, dass die Situation heute völlig anders ist, als zu Zeiten der Volkszählungsdebatte in den frühen 1980er Jahren und dass das Errichten von Sperren und Verbotsschildern in einem internationalisierten Kommunikationsnetz kein geeignetes Mittel sein kann.

Sehr wichtig hingegen sind Medienpädagogik und Aufklärung für Jung und Alt. Die Möglichkeiten des Internet optimal für seine persönliche Entfaltung zu nutzen und dabei die einhergehenden Gefahren zu vermeiden, muss gelernt werden. Die glänzende Oberfläche und die scheinbar mühelose Bedienbarkeit täuschen oft über die Notwendigkeit dieses Lernens hinweg. Eine der wichtigsten Regeln dabei sollte sein, ein waches Bewusstsein für die eigene Privatsphäre und die anderer zu haben.

Facebook bietet zum Beispiel die Möglichkeit, Freunde einzuladen, indem man dem System den Zugriff auf das eigene E-Mail-Adressbuch erlaubt. Facebook schreibt dann automatisch eine Einladung an alle im Adressbuch enthaltenen Kontaktpersonen. Die Grüne Landtagsabgeordnete Christine Stahl macht dies regelmäßig zum Gegenstand heftiger Kritik an Facebook. Aber ist Facebook schuld, wenn Nutzer so wenig Sinn für den Schutz ihrer eigenen Privatsphäre und der ihrer Korrespondenzpartner haben, dass sie ihr E-Mail-Adressbuch für diese Verwendung durch Facebook preisgeben?

Insgesamt gilt also: Communities sind öffentlicher Raum und so zwangsläufig mit gewissen Einschränkungen der Privatsphäre verbunden. Wer an ihnen teilnimmt, sollte sich genau informieren und die Konfigurationsmöglichkeiten zur Verbesserung des Datenschutzes nutzen.

Wer politisch arbeitet, will sich vernetzen und die eigenen Anschauungen in der Öffentlichkeit darstellen und findet derzeit in Facebook eine durchaus geeignete Plattform – auch für die Debatte über Facebook selbst...

Wolfgang Schmidhuber - www.facebook.com/wolfgang.schmidhuber

Schufa-Auskunft für Jedefrau und Jederman

Ein neues Auskunftsrecht bietet seit dem 1. April 2010 den Verbraucherinnen und Verbrauchern jetzt die Möglichkeit einmal im Jahr kostenfrei Auskunft zu Ihrer Bonität und den Methoden zur Ermittlung derselben zu erhalten.

Die Auskunfteien müssen offenlegen, welche Werte zur Person erhoben übermittelt und gespeichert wurden. Sie müssen offenlegen, welche Datenarten für die Berechnung der so genannten Scoring Werte verwendet wurden, welche Bedeutung und Gewichtung diese haben.

Beim Scoring wird die Kreditwürdigkeit des Einzelnen überprüft (und der mögliche Zinssatz festgelegt), indem man ihn nach bestimmten Kriterien in eine Vergleichsgruppe einordnet und schaut, wie viele Kreditausfälle es in dieser Gruppe gibt. So fließen Beruf, Familienstand und Wohngegend in die Bewertung ein. Die Auswahl der Kriterien und deren Gewichtung wurde immer wieder als sehr intransparent kritisiert.

Ein Musterbrief und eine Liste ausgewählter Auskunfteien in Deutschland sind zum Beispiel unter www.vzbv.de/go/presse/1287/index.html (Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.) zu finden.

Volksbegehren Nichtraucherschutz – Wie geht es weiter?

Am 14. April – leider noch vor unserem Redaktionsschluss wurde über den Gesetzentwurf zum Nichtraucherschutz im Bayerischen Landtag abgestimmt. CSU und FDP haben schon vorher angekündigt, dass sie diesen mit ihrer Mehrheit ablehnen werden.

Die nächste Stufe ist nun der Volksentscheid. Alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Bayern werden am 4. Juli aufgerufen über den vorliegenden Gesetzentwurf abzustimmen. Unmittelbar in ein Gesetz geht der Entwurf über, wenn sich die Mehrheit, also mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen für den "echten Nichtraucherschutz" entscheidet.

Ein kleiner Rückblick: Im letzten Jahr haben sich vom 19.11. bis 2.12. 1. 298.746 Bürgerinnen und Bürger in die ausgelegten Listen in den Rathäusern eingetragen, das waren 13,9 %, nötig wären nur 10% gewesen!

Genau diese Massen müssen jetzt wieder mobilisiert werden. Die Initiatoren des Volksbegehrens werden wieder eine Kampagne durchführen und brauchen Unterstützung. Es gibt wieder Infomaterial, das verteilt werden muss, Plakate, die geklebt werden müssen und Aktionen, die von Einzelnen oder Aktionsgruppen geplant und durchgeführt werden müssen!

Wir Grüne werden uns wieder nach Kräften beteiligen und für einen wirksamen Nichtraucherschutz in Bayern werben.

Aktuelle Informationen sind im Internet unter: www.nichtraucherschutz-bayern.de/ zu finden!

BERICHTE

Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes 2009/2010

Sprecher/in: Luitgart Dittmann-Chylla und Markus Büchler

Schriftführer: Dr. Volker Leib; Kassier: Peter Triebswetter

Beisitzer/innen: Frauke Buchholz, Robert Gerb, Ute Hirschfeld, Charlotte Quest, Wolfgang Schmidhuber

Amtszeit: 06.05.2009 bis 05.05.2010

Mitgliederzahl: 311 (Stand 01.04.2010)

1. Vorstandssitzungen

9 Vorstandssitzungen, jeweils vor den Kreisversammlungen

2. Kreisversammlungen

06.05.2009 Kreisversammlung mit Vorstandswahl

17.06.2009: Kreisversammlung mit Lydia Dietrich, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat München zur Gesundheitspolitik

08.07.2009: Kreisversammlung mit Thomas Gehring MdL, „Schule der Zukunft“

16.09.2009: Kreisversammlung im Hofbräuhaus mit Toni Hofreiter MdB, Wahlkampfhöhepunkt und 30. Geburtstag unseres Kreisverbands

07.10.2009: Kreisversammlung mit Wahlnachlese

11.11.2009: Kreisversammlung mit Fabian Hamak, Landesgeschäftsführer, in Vertretung von Theresa Schopper, MdL zum Volksbegehren Nichtraucherschutz

04.12.2009: Kreisversammlung mit Martina Neubauer, Fraktionsvorsitzende im Bezirkstag Oberbayern zum Thema Sozialpolitik

13.01.2009: Neujahrsempfang mit Landesvorsitzenden Dieter Janecek, Susanna Tausendfreund MdL, Toni Hofreiter MdB, Christoph Nadler, Kreistagsfraktionsvorsitzender. Gleichzeitig: Feier zum 30. Geburtstag des Kreisverbands

03.02.2009: Kreisversammlung mit Susanna Tausendfreund MdL Bericht

aus dem Landtag

03.03.2009: Kreisversammlung mit Thomas Mütze MdL zum Bayerischen Landeshaushalt

14.04.2009: Kreisversammlung mit Toni Hofreiter MdB Bericht aus Berlin

05.05.2010 Kreisversammlung mit Vorstandswahl

3. Europa- und Bundestagswahl, Volksbegehren

07.06.2009 Wahl zum Europäischen Parlament. Dank unseres Spitzenergebnisses von 13,6 % der Stimmen im Landkreis München konnten wir auch aus dieser Europawahl als zweitstärkste Kraft im Landkreis München abschneiden. Der Abstand zur drittplatzierten SPD konnte sogar noch ausgebaut werden.

Bei der Bundestagswahl am 27.09.2009 ist uns mit 13,3% der Erststimmen (+5,5%) und 12,7 % der Zweitstimmen (+2,1%) ebenfalls ein hervorragendes Ergebnis gelungen. Mit seinem sicheren Listenplatz 4 ist unser Mitglied Toni Hofreiter der Wiedereinzug in den Bundestag problemlos gelungen.

Das erfolgreiche Volksbegehren vom 19.11.-02.12.2009 zum Nichtraucherschutz wurde maßgeblich vom Einsatz durch die Grünen getragen. Im Landkreis München erreichten wir mit 18,5% eines der besten Ergebnisse in Bayern.

4. Pressearbeit

Pressearbeit zu verschiedensten Themen, siehe www.gruene-ml.de → Presse

5. Veranstaltungen, Aktionen, Organisatorisches

08.05.2009: 25-Jahr-Feier der Kreistagsfraktion

04.-05.07.2009: Familien-Bergtour zur Vorderkaiserfeldenhütte

25.07.2009: Sternradl-Demo gegen den Autobahn-Südring

Juli 2009: Reinhard Bütikofer zu Besuch im Landkreis

01.08.2009: Isarwanderung des KV in Schäftlarn

12.09.2009: Beteiligung an der Großdemo gegen eine dritte Startbahn am Flughafen München

20.09.2009: „Town Hall Meeting“: Jugendpolitische Veranstaltung zur Bundestagswahl in Unterschleißheim mit Direktkandidaten aller Parteien

22.09.2009: Veranstaltung mit Renate Künast in Taufkirchen

05.02.2010: Veranstaltung des Kreisverbands in Aying mit Susanna Tausendfreund MdL und Toni Hofreiter MdB in Vertretung von Sepp Daxenberger MdL.

27.02.2010: Mandatsträgertreffen im Landratsamt

17.04.2010: Workshop „Grüne Ideen für die nächsten 3 Jahre“

Unterstützende Beteiligung an Veranstaltungen der Ortsverbände

6. Arbeit auf Landes- und Bundesebene

Mai 2009: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Berlin

September 2009: Beteiligung an der Anti-Atom-Großdemo in Berlin

Oktober 2009: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Rostock

November 2009: Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Bamberg

bayernweite Kreisvorständetreffen des Landesverbands

7. Finanzbericht

wird voraussichtlich am 5.5.2010 in der Kreisversammlung vorgelegt

06.04.2010, für den Vorstand: Markus

Protokolle

Protokoll der Kreisversammlung vom 03.02.2010

TOP 1: Dr. Martin Runge, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, berichtet aus aktuellem Anlass zum Planungsstand der Zweiten Stammstrecke der S-Bahn in München

Die Bauprojekte zweite S-Bahn-Stammstrecke und Schienenanbindung des Flughafen Münchens werden von der Politik zusammengefasst diskutiert unter dem Oberbegriff „Bahnknoten München“.

Bei der **Schienenanbindung des Flughafens** ist der zentrale Kritikpunkt, dass weit über eine Milliarde an Steuergeldern für einen geringen Zugewinn an Fahrgästen ausgegeben werden sollen, und bloß um die Erreichbarkeit des Flughafens zu verbessern, wo doch Fliegen die klimaschädlichste Verkehrsform ist.

Im Moment wird die Lösung über den Ostkorridor favorisiert (Daglfing-Johanneskirchen-Unterföhring-Ismaning). Für 9.000 zusätzliche Fahrgäste zum Flughafen und 12.000 sonstige Fahrgäste mehr am Tag sollen ca. 1,5 Mrd. ausgegeben werden. [Zum Vergleich: die S-Bahn München wird gegenwärtig von ca. 800.000 Fahrgästen am Tag benutzt.]

Die **Diskussion zur zweiten S-Bahn-Stammstrecke** zieht sich seit Jahren hin, Kernpunkt ist hierbei die Streckenführung: ein zweiter Tunnel weitgehend parallel zur bestehenden Stammstrecke oder über den Gleis-Südring zwischen Ostbahnhof und Hauptbahnhof.

Die Münchner S-Bahn braucht aber sofort Verbesserungen, nicht jahrelange Baustellen. Martin hat ein Antragspaket „S-Bahn München 2010“ im Landtag eingebracht, mit dem die bayerische Staatsregierung aufgefordert wird, Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

- Einsatz von Langzügen (drei Zugeinheiten) in der Hauptverkehrszeit, wo die Bahnsteige lang genug sind.
- 10-Minuten-Takt auch Freitag nachmittags auf den Linien, die den 10-Minuten-Takt haben.
- Taktlücken in den späten Nachtstunden schließen.
- Durchgehende Bedienung in den Nächten vor Feiertagen und an Wochenendeen (Stundentakt zwischen 2 Uhr und Betriebsbeginn).
- Einsatz von Vollzügen (zwei Zugeinheiten) in den Nachtstunden

Grundsätzlich sollen auch die „Stolpertakte“ 20-/40-Minuten-Takt beseitigt werden.

Die S-Bahn-München fährt gute Gewinne ein, wie in der DB-Konzernbilanz nachzulesen ist!

Die Debatte über die zweite Stammstrecke: Zweiter Tunnel oder Südring-Gleise?

Vorweg: Es wird immer behauptet, dass die bestehende Stammstrecke überlastet ist. Dies stimmt so nicht. Die Stammstrecke könnte noch mehr Fahrgäste aufnehmen. Der Engpass ist der Ostbahnhof, nicht der Tunnel.

Der zweite Tunnel, so wie er geplant wird, würde das System S-Bahn massiv verschlechtern. Es gäbe innerstädtisch nur die Haltestellen Hauptbahnhof - Marienplatz (Marienhof) - Ostbahnhof. Der zweite Tunnel würde sehr tief zu liegen kommen - daher auch „**Tieftunnel**“ genannt. Es gäbe Sicherheitsprobleme und große Probleme im Evakuierungsfall.

Der zweite Tunnel ist eine noch schlechtere Idee als der Transrapid!

Im Jahr 2001 fiel der Beschluss, den zweiten Tunnel zu planen. Das Projekt ist in drei Planfeststellungsabschnitte aufgeteilt: West, Mitte und Ost. Doch in neun Jahren Planungszeit ist noch keine tragfähige Planung

herrausgekommen!

Jetzt wird der Zeitdruck als Argument aufgebaut: Man müsse den zweiten Tunnel so schnell wie möglich bauen, weil die Förderung des Bundes auslaufen würde. Das ist bloß vorgeschoben, man will die Diskussion beenden, weil immer mehr Leute sich für den Ausbau der Südring-Gleise als zweite Strammstrecke sind.

Das bayerische Wirtschaftsministerium hat die beiden Alternativen zweiter Tunnel versus Südring-Gleise durchrechnen lassen. Weil dabei so viel Mist gemacht worden ist, redet Martin nur noch in Anführungszeichen von „Gutachten“ und „Gutachtern“. Die „Gutachter“ haben mit Absicht die Stammstreckenvariante über die Südring-Gleise mit absurden Kostenansätzen schlecht gerechnet. Die Arbeitsweise der „Gutachter“ bezeichnet Martin als „Tricksen, Täuschen, Murksen“.

Nur drei von vielen Beispielen:

Für 34 Hektar Ausgleichsfläche wurden 17 Mio. EUR angesetzt, d. h. 50 Euro pro Quadratmeter. Zum Vergleich: die Stadt München hat bei anderen Projekten etwa 4 bis 6,50 EUR bezahlt. Also ist der Wert der „Gutacher“ um ein Vielfaches zu hoch.

Als Planungskosten wurden 181 Mio. EUR angesetzt. Damit würden die Planungskosten bei 11 Kilometer Länge in Höhe von 16,45 Mio. EUR liegen. Zum Vergleich: Beim Ausbau der Schienenstrecke München-Augsburg lagen die Gesamtkosten, also Planungs- und Baukosten bei 15-16 Mio. EUR pro Streckenkilometer.

In die Kosten für den Ausbau der Südring-Gleise wurden Sanierungsmaßnahmen eingerechnet, die auch ohne Ausbau zur zweiten Stammstrecke gemacht werden müssen.

Bezeichnend ist, dass sämtliche Verkehrs- und Umweltverbände gegen die Tunnelvariante sind.

Zu den Planungen für den Tieftunnel als zweite Stammstrecke gehört auch das Betriebskonzept namens „6T“.

Der Grundsatz des Betriebskonzepts 6T ist der 15-/30-Minuten-Takt! Das bedeutet, alle MVV-Landkreise müssten ihre Busanbindungen an die S-Bahn neu planen, obwohl über eine lange Zeit erst erreicht wurde, dass die Busse an den 20-min-Grundtakt der S-Bahn angebunden worden sind. Warum wird so ein Irrsinn gemacht? Damit der Nutzen-Kosten-Faktor über 1 kommt, um überhaupt die Förderfähigkeit zu erreichen.

Der Bund Naturschutz und der Arbeitskreis Attraktiver Nahverkehr haben die Folgen des Tieftunnels für das Münchner Umland aufgeschrieben und vor allem die Verschlechterungen, die der zweite Tunnel bringen würde, gegenüber dem Ist-Zustand aufgelistet:

Tunnel für München - Streichorgie für die Region

http://www.bn-muenchen.de/presse/2010/20100126_streichorgie_fuer_region.pdf

Betriebskonzept 6T - Die Folgen Ast für Ast

http://www.bn-muenchen.de/presse/2010/20100126_anlage_1.pdf

Betriebskonzept 6T - Die Folgen für das S-Bahn-Netz

http://www.bn-muenchen.de/presse/2010/20100126_anlage_2.pdf

Vier Netzpläne zum Betriebskonzept 6T [in einer PDF-Datei - 1,5 MB]

- S-Bahnhöfe, die Direktverbindungen in die Innenstadt verlieren
- S-Bahnhöfe mit Taktverschlechterungen in der Hauptverkehrszeit
- S-Bahnhöfe mit Taktverschlechterungen in der Spätverkehrszeit
- S-Bahnhöfe mit unzuverlässigem Fahrplan (zwar Taktverdichtungen, aber Mischverkehr auf den Gleisen mit anderen Zügen der DB)

http://www.bn-muenchen.de/presse/2010/20100126_Tieftunnel_Auswirkungen_SBahn_Muenchen.pdf

Fazit von BN und AAN: Wenn man zwei Milliarden Euro in die S-Bahn investieren will, sollte damit das S-Bahn-System verbessert, nicht verschlechtert werden. Es gibt nur eine Konsequenz: Sofortiger Stopp des unsinnigen Tunnelwahns, stattdessen Ausbau der Südring-Gleise und Ausbau der Schiene in der Region.

Dem können sich die Grünen nur anschließen: Wir wollen unbedingt den zweiten Tunnel verhindern. Für eine bessere S-Bahn! Milliarden für München und zugleich Schienennotstand im Umland und im Rest Bayerns – das wollen wir nicht!

Ein weiterer Punkt zur S-Bahn: **Verlängerung der S-Bahn von Wolfratshausen nach Geretsried**

Knackpunkt ist der kreuzungsfreie Ausbau der Gleise mit der Sauerlacher Straße in Wolfratshausen. Eine Schrankenlösung kommt für die Wolfratshauser CSU nicht in Frage. Hindernisse sind auch die unnötig hohen Standards der DB, die die Kosten in die Höhe treiben.

TOP 2: Susanna Tausendfreund, innenpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion, berichtet über den aktuellen Stand in Sachen BayernLB und Hypo Group Alpe Adria (HGAA) und dem dazu eingerichteten Untersuchungsausschuss im Landtag

Susanna zeichnet die Chronologie der Ereignisse nach, wie die BayernLB die Hypo Group Alpe Adria kaufte.

[Zu den Ereignissen siehe z. B. das Dossier auf BR-online „Die Krise der BayernLB: Vom Überflieger zum Milliardengrab.

http://www.br-online.de/aktuell/die-krise-der-bayernlb-DID1260438163618/index.xml]

Unterm Strich: 3,75 Milliarden Euro kostete das Abenteuer HGAA die BayernLB. Im Dezember 2009 verkaufte Bayern die HGAA für einen Euro an Österreich.

Mitte Januar wurde der Untersuchungsausschuss des Landtags beantragt. Der Antrag mit einer Einführung und dem Fragenkatalog liegt als Landtagsdrucksache 16/3168 vor, online unter:

http://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP16/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000002000/0000002164.pdf

Verzögerungstaktik der CSU und der FDP, sie wollen den Antrag prüfen und ergänzende Fragen stellen. Im UA hat die CSU keine Blockademöglichkeit. Der Ausschuss hat neun Mitglieder, die CSU stellt vier davon hat also keine Mehrheit – die Frage ist, wie die FDP sich verhält. Sitzverteilung im Untersuchungsausschuss: CSU 4, SPD 2, FDP 1, FW 1, GRÜNE 1. Für die Grünen: Sepp Dürr.

Einige Punkte des Untersuchungsauftrags:

- Versäumnisse in den Aufsichts- und Kontrollpflichten
- Rolle von Edmund Stoiber
- Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen
- Zurückhalten des Linnert-Gutachtens

Im Visier sind alle, die an dem Entscheidungsprozess und an den Nachfolgeentscheidungen beteiligt worden sind. Die HGAA war schon beim Kauf durch die BayernLB marode. Das hätte jeder wissen können, wenn er

sich über die Bank informiert hätte.

In dem Kaufvertrag steht fast nichts drin. Normalerweise gibt es bei Bankübernahmen dicke Verträge mit Absicherungen in allen Richtungen. Im Fall BayernLB-HGAA nicht!

Bayern hat für die gekauften Anteile an der HGAA einen überhöhten Preis bezahlt. Kurz vor dem Verkauf stieg der Wert der HGAA plötzlich stark an.

Im Zuge der Übernahme der HGAA durch die BayernLB haben viele deutsche und österreichische Industrielle sich die Taschen mit Geld gefüllt. Vor allem der Vermögensverwalter Tilo Berlin hat kräftig Kasse gemacht - und noch dazu von der BayernLB das Geld erhalten, um HGAA-Anteile zu kaufen und kurze Zeit später mit hohem Gewinn wieder zu verkaufen.

Ein Blick auf die Rolle der bayerischen Sparkassen

Die Sparkassen waren bis vor kurzem zu 50% an der BayernLB beteiligt. Damit die Sparkassen nicht mit in die Tiefe gerissen werden, ist der Freistaat Bayern Ende 2008 zu 94% Eigentümer der BayernLB geworden, die Sparkassen (bzw. der Bayerische Sparkassenverband) sind nur noch zu 6% beteiligt. Ohne diese Maßnahme wären die Sparkassen kollabiert.

Es muss auch nach der Verantwortlichkeit der Sparkassen gefragt werden. Die Sparkassendirektoren waren im Verwaltungsrat der BayernLB vertreten. In der Verbandsversammlung haben sie die Übernahme der HGAA über den grünen Klee gelobt.

Der Abschreibungsbedarf der bayerischen Sparkassen durch die HGAA-Misere lässt sich schwer berechnen, er liegt schätzungsweise zwischen 200 Mio. und 1,5 Mrd. EUR. Heruntergerechnet auf die Kreissparkasse München-Starnberg kommt man auf ca. 10 bis 20 Mio. EUR Abschreibung wg. HGAA.

Anwesenheitsliste zur Kreisversammlung am 3.02.2010

Ortsverband	**Name**
Baierbrunn	
Brunnthal	
Garching	
Gräfelfing	
Grasbrunn	
Grünwald/ Straßlach	
Haar	
Hohenbrunn	
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	
Ismaning	
Kirchheim	
Neubiberg	
Neuried	
Oberhaching	
Oberschleißheim	
Ottobrunn	
Planegg	[redacted]
Pullach	
Putzbrunn	
Sauerlach	
Schäftlarn	
Taufkirchen	
Unterföhring	
Unterhaching	
Unterschleißheim	

Protokoll: Volker Leib

Anwesenheitsliste Kreisversammlung 3.3.2010

Ortsverband:	**Name:**
Baierbrunn	
Brunnthal	
Garching	
Gräfelfing	
Grasbrunn	
Grünwald/Straßlach	
Haar	
Hohenbrunn	
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	
Ismaning	
Kirchheim	
Neubiberg	
Neuried	
Oberhaching	
Oberschleißheim	
Ottobrunn	
Planegg	[redacted]
Pullach	
Putzbrunn	
Sauerlach	
Schäftlarn	
Taufkirchen	
Unterföhring	
Unterhaching	
Unterschleißheim	
Gäste:	

Top 1 Sozialpolitik

Thomas Mütze MdL, haushalts-politischer Sprecher der Landtags-fraktion referierte über den Haushalt des Freistaats Bayern. Siehe hierzu Thomas' Bericht „Düstere Aussichten für den Staatshaushalt“.

Zur Haushaltssituation des Bundes verwies Thomas auf ein aktuelles Papier von Alex Bonde MdB, das man hier laden kann: www.gruene-ml.de/Haushaltspolitik-Bonde.pdf

Düstere Aussichten für die Staatsfinanzen

Grüne Haushälter zum Nachtragsetat 2010

Haushaltslage

Das Defizit im bayerischen Staatshaushalt wächst weiter. Bereits im Stammhaushalt war ein Defizit von fast 3 Mrd. € „geplant“. Die Steuereinnahmen sinken aber 2010 noch einmal um 1,5 Mrd. €. Dieses *Defizit* wird mit Rücklagen (3,5 Mrd. €) mit Privatisierungserlösen (ca. 0,5 Mrd. €) und durch Ausgabenreduzierungen (0,5 Mrd. €) gedeckt.

Der Haushalt 2010 ist damit *strukturell im Defizit*. Denn die konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen belaufen sich auf „nur“ 1,70 Mrd. €. Davon sind allein 360 Mio. € auf das erst im Dezember mit den Stimmen der Staatsregierung beschlossene *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* zurückzuführen.

Das restliche Defizit bleibt, auch wenn die Steuereinnahmen wieder auf das Niveau von 2008 ansteigen sollten.

Ein Teil dieses Defizits sind die *Belastungen durch die Stützung der BayernLB*. Sie belaufen sich auf 305 Mio. € für Zinszahlungen - zzgl. der ausbleibenden Dividenden, die in den vergangenen Jahren bei 50 Mio. € lagen. Zwar veranschlagt die Staatsregierung für 2010 250 Mio. € Gebühreneinnahmen von der BayernLB für die Abschirmung des ABS-Portfolios. Dies widerspricht aber der Rechtslage auf EU-Ebene.

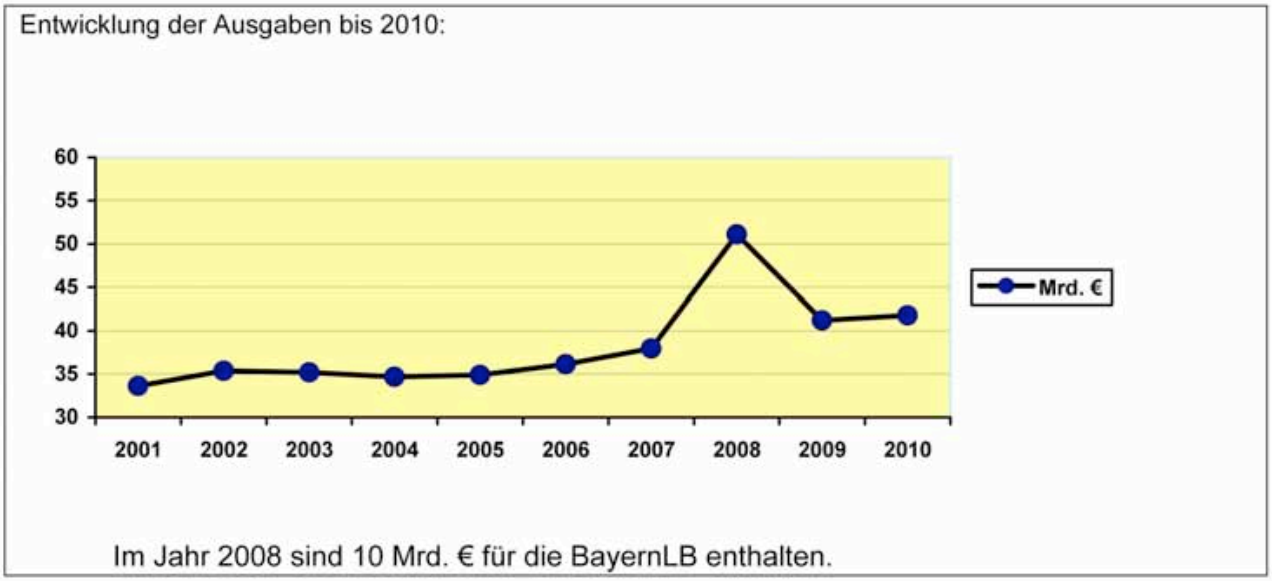
Die BayernLB kann und darf dieses Geld nicht zahlen.

Dieses Geld fehlt zu Deckung des Haushalts. Es wird aber auch deutlich, dass der *Haushalt auch ohne BayernLB im Defizit* wäre.

Die Zinszahlungen für den *10 Mrd. €-Kredit für die BayernLB* belasten den Haushalt auf Dauer, denn die BayernLB wird das Geld nicht zurückzahlen können. Im Gegenteil: Es kommen noch die Risiken der Abschirmung des ABS-Portfolios hinzu. Die Ausfallerwartung, die auf den Staatshaushalt durchschlägt, beträgt 1,625 Mrd. €, fällig in zwei Tranchen 2011 und 2014. Die mittelfristige Finanzplanung sieht deshalb eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 0,81 Mrd. € für das Jahr 2011 vor, ausschließlich für die BayernLB. Die Zinszahlungen für die BayernLB werden damit weiter ansteigen.

Das zeigt: Die Diskussionen um *Steuersenkungen sind absolut weltfremd*, egal ob Steuersenkungen 2011 oder 2012 in Kraft treten sollen. Im Gegenteil: Die Steuersenkungen von schwarz-rot und schwarz-gelb müssen rückgängig gemacht werden, die Erbschaftsteuer muss bleiben und zwar bundesweit einheitlich, der Umsatzsteuerbetrug muss stärker bekämpft werden.

Die Ausgaben Bayerns haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt.



Auch ohne die Stützung der BayernLB sind die Ausgaben seit 2006 um knapp 15% gestiegen, von 36,1 Mrd. € auf 41,4 Mrd. €.

Ausgewählte Änderungen im Nachtragshaushaltsentwurf der Staatsregierung auf der Ausgabeseite:

- Fortführung der Förderung von Lokalfernsehen nach Mediengesetz in Höhe von 9 Mio. €
- Strukturprogramm Nürnberg / Fürth, finanziert aus dem Verzicht auf die BayernFIT GmbH und globale Minderausgaben quer durch alle Einzelpläne
- Der Volksentscheid / Nichtraucherschutz kostet 13 Mio. €.
- Verstärkung von Investitionsmaßnahmen in Höhe von 39 Mio. € streichen
- Begegnungszentrum in Altötting 3 Mio. € (+ Verpflichtungsermächtigung 3 Mio. €)
- Verpflichtungsermächtigung für den 2. S-Bahn-Tunnel München in Höhe von 936 Mio. €
- Ausgaben für Kindertageseinrichtungen / Tagespflege steigen um 140 Mio. € (20%)
- 300 Tsd. € zur Förderung der Akzeptanz der grünen Gentechnik
- Ex-Ministerpräsident Beckstein bekommt eine Stelle mehr

Grüne Haushaltspolitik

Die Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren ihre Haushalte mit Schulden (bis einschl. 2005 und 2008), mit Privatisierungserlösen und mit höheren Steuern (Mehrwertsteuererhöhung 2007) ausgeglichen. So wurde das strukturelle Defizit immer wieder gedeckt. Das lässt sich nicht fortsetzen: Privatisierungserlöse in großem Stil stehen nicht mehr zur Verfügung. Neue Schulden sind auf Dauer nicht möglich und in der Steuerpolitik geht es erst einmal darum, weitere Steuersenkungen zu verhindern.

Die bayerische Haushaltspolitik muss sich daher strukturell ändern.

Insbesondere Investitionen müssen auf Bereiche konzentriert werden, die langfristig Kosten senken.

Mit den Anträgen zum Nachtragshaushalt wollen wir aufzeigen, welche notwendigen, in die Zukunft gerichteten Ausgaben mit dem Geld, auf das Bund und Länder für das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz vorsätzlich verzichtet haben, finanziert werden könnten. Im Staatshaushalt geht es dabei um 360 Mio. €. Zusätzlich werden weitere Einsparvorschläge aufgezeigt.

- Auf „Sparmaßnahmen“, die nur Kosten in die Zukunft schieben, muss verzichtet werden. Das ist nichts anderes als eine versteckte Verschuldung. Die Vorsorge für Pensionen muss daher unvermindert fortgeführt werden.

  + 35 Mio. €
- verstärkte Einstellung von Anwärtern in der Finanzverwaltung, um eine effektive Arbeit der Finanzämter zu ermöglichen, insbesondere bei der Bekämpfung des Steuerbetrugs

  + 1 Mio. €
- mehr Personal für Gerichte und Staatsanwaltschaften, auch zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

  + 3 Mio. €
- Verstärkter Ausbau der Kinderbetreuung

  + 60 €
- Keine Kürzung der Personalausgaben an Volksschulen

  + 16 Mio. €
- Erwachsenenbildung stärken

  + 1,7 Mio. €
- Hochschulen: doppelter Abiturjahrgang; Qualitätspaket Bologna-Prozess

  + 220 Mio. €
- Förderprogramm für Kraft-Wärme-Kopplung

  + 5 Mio. €
- Naturschutz, Biodiversität + 4 Mio. €

Einsparvorschläge:

- Verstärkungsmittel für Investitionsmaßnahmen streichen
  -39 Mio. €
- Ausgaben für Staatsstraßen auf Erhaltungsmaßnahmen reduzieren - 55 Mio. €
- Keine Subventionierung privater lokaler Fernsehprogramme
  - 9 Mio. €
- Keine Öffentlichkeitsarbeit für die Agrogentechnik aus Steuermitteln - 0,3 Mio. €
- Kürzung des Personals für Edmund Stoiber auf Normalmaß: EU Arbeit darf nicht aus dem Staatshaushalt finanziert werden Kein zusätzliches Personal für das Büro Beckstein -0,3 Mio. €
- Abschaffung des Landeserziehungsgeldes (zur Finanzierung der Kinderbetreuung -20 Mio. € (2010)

- Darüber hinaus sind Außenstände einzufordern statt abschreiben: Das FMG Darlehen in Höhe von 250 Mio. € sollte zurückgefordert werden.
- CSU und FDP werden aufgefordert, den Forderungen des Volksbegehrens zu entsprechen. Das sparte 13 Mio. €.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

Wie geht es weiter?

Die Rücklage ist verbraucht. Das ist problematisch, weil die Rücklage nicht nur für den Haushalt, sondern auch zur Sicherung von Bürgschaften dient. Für solche Risiken besteht damit keine Sicherung mehr. Im Bankensektor wird mit steigenden Kreditausfällen gerechnet. Für den Staat bedeutet das, dass Bürgschaften verstärkt fällig werden könnten. Dazu fehlt die Vorsorge.

Der gesamte *Konsolidierungsbedarf* des Haushalts beläuft sich auf

- 3,39 Mrd. € für das Jahr 2011
- 2,63 Mrd. € für das Jahr 2012
- 2,18 Mrd. € für das Jahr 2013.

Mit den Kosten der Abschirmung des ABS-Portfolios der BayernLB ergibt sich daraus eine *Finanzierungslücke von rund 10 Mrd. €* in den kommenden Jahren!

Das bedeutet: drastische Sparmaßnahmen oder neue Schulden – oder beides.

Die Staatsregierung erwartet ab dem Jahr 2012 wieder steigende Steuereinnahmen, die aber vor 2013 das Niveau des Jahres 2008 nicht mehr erreichen werden. 2012 werden Einnahmesteigerungen von 6% erwartet. Prinzip Hoffnung.

Die Grünen im Bayerischen Landtag, 26. Januar 2010

Thomas Mütze, MdL

Eike Hallitzky, MdL

TERMINÜBERSICHT IM LANDKREIS MÜNCHEN

05.05.10	Kreisversammlung im Mai - Vorstandsneuwahlen, Beginn 20 Uhr im Rathaus München	München
12.05.10	Grüner Stammtisch und OV-Sitzung Beginn 20 Uhr in den Vereinsräumen (Alte Post)	Haar
15.05.10	Maifest des OV Taufkirchen ab 17 Uhr im Wolfschneiderhof, Münchner Straße 12 in Taufkirchen	Taufkirchen
16.05.10	Sonntagsfrühstück mit Toni Hofreiter beim OV Kirchheim	Kirchheim
18.05.10	"Milliardengrab Bayerische Landesbank", Referent: Eike Hallitzky, MdL, Beginn 20 Uhr im Rathausuntergeschoss in Unterhaching	Unterhaching
09.06.10	Kreisversammlung im Juni Beginn 20 Uhr im Rathaus München	München
10.06.10	Themenabend Freiflächennutzung, Beginn 20 Uhr in der Alten Schule (Seniorenclub Haar)	Haar
17.06.10	Grünes Kino, Beginn 20 Uhr in der Waldwirtschaft Jahn	Haar
26.05.10	Abend zur Bahnpolitik mit Toni Hofreiter bei OV Ottobrunn	Ottobrunn
04.07.10	Volksentscheid Nichtraucherschutz	Bayern
07.07.10	Kreisversammlung im Juli Beginn 20 Uhr im Rathaus München	München
09.07.10	Grünes Sommerfest	Haar
15.09.10	Kreisversammlung im September Beginn 20 Uhr im Rathaus München	München
23.09.10	Grünes Kino	Haar

02./03.10. 2010	Bergtour des Kreisverbands	Strecke und Ziel werden noch bekannt gegeben!
06.10.10	Kreisversammlung im Oktober Beginn 20 Uhr im Rathaus München	Müchen
14.10.10	Grüner Stammtisch, Beginn 20 Uhr in den Vereinsräumen (Alte Post)	Haar
23.-24.10. 2010	Landesdelegiertenkonferenz (LDK)	Würzburg
10.11.10	Kreisversammlung im November Beginn 20 Uhr im Rathaus München	München
18.11.10	Grünes Kino	Haar
19.-21.11. 2010	Bundesdelegiertekonferenz (BDK)	Freiburg
01.12.10	Kreisversammlung im Dezember Beginn 20 Uhr im Rathaus München	
17.12.10	Weihnachtsfeier der Haarer Grünen, Beginn 20 Uhr	Haar

Regelmäßige Termine des OV Ottobrunn: Jeden Mittwoch um 18:30 Uhr „Grüner Lauftreff“ am Rathaus. Jeden ersten Freitag im Monat um 14:30 Uhr „Grüne Bürgerstunde“, Fraktionszimmer im Rathaus

Termine bitte immer an Antje: gf@gruene-ml.de

KONTAKTADRESSEN

Sprecherin:

Luitgart Dittmann-Chylla
Wallbergstr. 26
85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn
fon: 08102 / 77 78 09
dittmann-chylla@online.de

Sprecher:

Markus Büchler
Freisinger Str. 7
85764 Oberschleißheim
fon d.: 089 / 315 97 215
fax d.: 089 / 315 94 561
buechler@slius.de

Kassier:

Peter Triebswetter
Am Stiergarten 33
85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn
fon: 08102 / 99 84 43
peter.triebswetter@online.de

Schriftführer:

Dr. Volker Leib
Lindenring 48
82024 Taufkirchen
fon: 089 / 666 11 681
vleib@volker-leib.de

Beisitzerin:

Charlotte Quest
Bajuwarenstr. 3
82054 Sauerlach
fon: 08104 / 75 50
charlotte.quest@gmx.de

Beisitzer:

Robert Gerb
Wolfratshauser Str. 62
82065 Baierbrunn
fon: 089 / 793 48 74
fax: 089 / 74 48 14 20

Beisitzerin:

Ute Hirschfeld
Tannenstr. 18
85579 Neubiberg
fon: 089 / 79 18 337
ute.hirschfeld@kabelmail.de

Beisitzerin:

Frauke Buchholz
Johans-Langmantel-Str. 20
82061 Neuried
fon: 089 / 75 56 270
frau@frauke-buchholz.de

Beisitzer:

Wolfgang Schmidhuber
Hohenbrunner Str. 26
85521 Riemerling
fon: 089 / 60 85 04 91
gruene@wschmidhuber.de

Toni Hofreiter MdB
Regionalbüro München
Dr. Volker Leib
Sendlinger Straße 47
80331 München
Tel: 089 / 46136584
Fax: 089 / 46136585
anton.hofreiter@wk.bundestag.de
Kernzeit: Mo - Fr. 10-13

www.toni-hofreiter.de

Susanna Tausendfreund MdL
Landtagsbüro
Maximilianeum
Tel.: 089 / 41 26- 27 74
Fax: 089 / 419 00 491
Tel.(d): 089 / 419 00 490
Tel (p): 089 / 793 42 45
kanzlei@susanna-tausendfreund.de
www.susanna-tausendfreund.de

Kreistagsfraktion
Fraktionsvorsitzender
Christoph Nadler
Hohenbrunner Weg 44
82024 Taufkirchen
Tel d: 089 / 41 66 13 78
Tel p: 089 / 6 12 54 01
Fax p: 089) 61 46 92 14
Christoph_Nadler@web.de

Geschäftsführerin:

Antje Barbara Wagner
Ebertstraße 6
82031 Grünwald
fon: 089 / 411 744 13
fax:032-12 12 45 170 **(NEU)**
gf@gruene-ml.de

Bankverbindung:

DIE GRÜNEN München-Land

Kreissparkasse München-Starnberg
Konto-Nr: 28 04 63 175,

BLZ 702 501 50

Internet:

www.gruene-ml.de

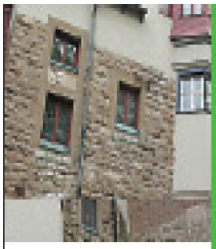
www.gruene-ml.de/fraktion

Vorstand Grüne Jugend München
Vorstand Grüne Jugend HöSi

vorstand@gjm.de **www.gjm.de**

www.gjhs.gruene-ml.de

Landesverband www.gruene-bayern.de
Grüne Landtagsfraktion www.gruene-fraktion-bayern.de
Petra Kelly Stiftung: www.petra-kelly-stiftung.de
GRIBS-Kommunalbüro: www.gribs.net



Wenn unzustellbar zurück an: Antje Wagner,
Ebertstraße 6, 82031 Grünwald

Deutsche Post
INFOPOST

Der Volksentscheid naht - CSU und FDP haben angekündigt mit Ihrer Mehrheit den Gesetzentwurf abzulehnen.

Am 4. Juli sind dann die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sich für einen "echten Nichtraucherschutz" zu entscheiden!

Die Grünen werden den Volksentscheid natürlich wieder nach Kräften unterstützen.

Redaktionsschluss für den nächsten Kreisrundbrief: 14. Juni 2010

V.i.S.d.P.: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Kreisverband München-Land
Markus Büchler, Freisinger Str. 7, 85764 Oberschleißheim

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Spenden an:
Die Grünen München-Land
Kontonummer: 280 463 175
Kreissparkasse München-Starnberg
BLZ: 702 501 50